



16. November 2018

Arbeit im Landtag

Wir wollen die Straßenausbaubeiträge abschaffen und die Bürgerinnen und Bürger entlasten



Der Landtag hat in dieser Woche den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion beraten, der eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorsieht.

Dazu erklären die Gelsenkirchener Abgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier:

„Mit diesem Schritt wollen wir tausende Bürgerinnen und Bürger landesweit entlasten. Auch in unserer Stadt Gelsenkirchen stehen viele vor existenziellen Problemen, wenn nach dem Ausbau die Gebührenbescheide kommen. Das hat auch die kommunalpolitische Diskussion in den letzten Wochen geprägt. Wir wollen, dass das Land den Anteil der Anwohner komplett übernimmt. Wir sind gespannt, ob CDU und FDP diesen Weg zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger mitgehen. Die heutige Diskussion gibt da aber wenig Hoffnung, weil die schwarz-gelbe Landesregierung erkennbar kein Interesse an einer Entlastung der Kommunen hat. Ihr fehlt jegliches Konzept zur Umsetzung der Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen. Wir fordern CDU und FDP auf: Machen Sie den Weg frei für eine bürgerfreundliche und kommunalfreundliche Lösung!“

Gesetzentwurf

Abschaffung der Stichwahl stellen ein Angriff auf die kommunale Demokratie dar

Um nicht weniger als einen Angriff auf unsere Demokratie ging es am Freitag in der zweiten Aktuellen Stunde, die wir für dieses Plenum beantragt hatten. Die CDU hat angekündigt, die Stichwahlen zur nächsten Kommunalwahl 2020 wieder abzuschaffen. Auch die FDP zeigt sich gegenüber den Plänen aufgeschlossen. Dadurch würden die Ämter des Bürgermeisters und der Landräte erneut entwertet werden. Denn ohne Stichwahlen kämen Kandidaten ins Amt, die nur eine sehr geringe Stimmenanzahl auf sich vereinigen. Das Urteil des Vereins Mehr Demokratie e.V. kommt zur selbigen Einschätzung. Willy Brandt ist einmal dafür angetreten, mehr Demokratie zu wagen. Die Landesregierung von Armin Laschet will aber offenbar weniger Demokratie - so und nicht anders ist dieser Vorstoß zu interpretieren.

Aktuelle Stunde



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Schwarz-Gelb enthält Gelsenkirchen für 2019 Mittel in Höhe von 15,2 Mio. Euro vor



Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen im nordrhein-westfälischen Landtag hat den Entwurf für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 (GFG 2019) beraten.

Dazu erklärt Heike Gebhard (SPD), Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss: „Der Entwurf der Landesregierung für das GFG 2019 sieht deutliche strukturelle Veränderungen beim Kommunalen Finanzausgleich vor. Daher hat sich die SPD-Fraktion im Ausschuss erkundigt, welche Konsequenzen dies für die einzelnen Kommunen haben wird. Jetzt wissen wir, dass Gelsenkirchen im Jahr 2019 15,2 Mio. Euro weniger als in dem bereits in 2017 verschlechterten Ansatz aus Schlüsselzuweisungen und der neuen Aufwands- und Unterhaltungspauschale erhält. Das ist nun das zweite Jahr in Folge, in dem die Landesregierung Gelsenkirchen dringend benötigtes Geld vorenthält. Auf Ruhrgebietskonferenzen betont der Ministerpräsident die Bedeutung der Region, doch wenn es um die politische Umsetzung geht, dann bleibt davon nicht mehr viel übrig.“

„Wie schon mit der Hinhaltetaktik bei der Vergabe der IGA 2027 gefährdet die Landesregierung die Zukunftschancen der Metropolregion Ruhr. Die schwarz-gelbe Landesregierung setzt damit ihre kommunalfeindliche Politik von 2005 bis 2010 fort, die den finanziellen Spielraum von Kommunen wie Gelsenkirchen erheblich begrenzt. Trotz aller offiziellen Beteuerungen scheinen CDU und FDP immer noch nicht verstanden zu haben, dass die Kommunen das Fundament unserer Demokratie sind. Ihre Handlungsfähigkeit muss gestärkt werden. Stattdessen schwächt die Landesregierung steuerschwache Gemeinden und macht Politik auf dem Rücken der finanzschwachen Kommunen in NRW.“, ergänzt der Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier.

Hintergrund:

Das Gemeindefinanzierungsgesetz regelt den jährlichen Finanzausgleich zwischen dem Land und den Kommunen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung für das GFG 2019 sieht insbesondere folgende Änderungen vor:

- Die Sozialbelastungen sollen zukünftig mit einem geringeren Faktor berücksichtigt werden
- Mit dem GFG 2019 sollen insgesamt 120 Millionen Euro aus der Schlüsselmasse als finanzkraftunabhängige Pauschale auf sämtliche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen verteilt werden.
- Im Rahmen einer Aktualisierung der fiktiven Hebesätze die Einführung von höheren und differenzierten Abschlägen auf den Landesdurchschnitt.

Insbesondere mit der „Finanzkraftunabhängigen Pauschale“ wird von dem Grundsatz abgewichen, dass die Zuweisungen über das GFG Kommunen mit entsprechendem Finanzbedarf zugutekommen sollen. Während viele steuerstarke Kommunen von der neuen Zuweisung profitieren, müssen viele finanzschwache Kommunen nach den durch die Landesregierung vorgenommenen Änderungen faktisch mit weniger Finanzmitteln auskommen, als sie nach der

Diesel-Fahrverbote in Essen und Gelsenkirchen

Was tut die Landesregierung?!

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, Fahrverbote in den Städten Essen und Gelsenkirchen zu verhängen zeigt nun endgültig, dass die Landesregierung versäumt hat, frühzeitig zu handeln. Ministerpräsident Armin Laschet hat den Dieselfahrerinnen und -fahrern in der Vergangenheit immer wieder versprochen, dass es mit ihm zu keinerlei Fahrverboten kommen würde. Diese Illusion ist nun definitiv zerplatzt. Anstatt die Urteile zum Anlass zu nehmen, die Ursachen zu bekämpfen, ficht die Mitte-Rechts-Koalition die Urteile an und verweist auf die Unverhältnismäßigkeit von Fahrverboten. Nun müssen die Bürgerinnen und Bürger ausbaden, was die Automobilkonzerne ihnen eingebrockt haben. Daher haben wir die Landesregierung am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde aufgefordert, den Kommunen bei der Luftreinhaltung zu helfen und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern einen Weg aufzuzeigen, wie sie ihre Mobilität trotz der drohenden Fahrverbote sicherstellen will.

[Drucksache 17/4163](#)



Urheber: pixabay.com - geralt

Europa zukunftsfit machen

Der Erfolg Europas wird auch auf regionaler und kommunaler Ebene entschieden. Von der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen hängt es maßgeblich ab, ob und wie sehr die Bürgerinnen und Bürger vom europäischen Einigungsprozess profitieren. Sowohl auf EU-Ebene als auch auf kommunaler Ebene sind bereits konkrete Vorschläge gemacht worden, die für eine nachhaltige Verbesserung der Zusammenarbeit sorgen können. Mit einem Antrag haben wir die Landesregierung u. a. dazu aufgefordert, sich auf allen Ebenen für diese Vorschläge einzusetzen und in eine reibungslose Zusammenarbeit von Kommune, Land, Bund und EU zu investieren. In unserem zweiten europapolitischen Antrag für dieses Plenum setzen wir uns für den sozialen Zusammenhalt in Europa ein. Ganz klar ist: Die Landesregierung muss die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, etwa zur Schaffung einer europäischen Arbeitsbehörde oder einer europäischen Sozialversicherungsnummer, aktiv unterstützen und deren Umsetzung in NRW vorantreiben.

[Drucksache 17/4120](#)

[Drucksache 17/4122](#)



Foto: Privat

Allen Beschäftigten in der Pflege eine Stimme geben

Wir erleben derzeit eine große Debatte um die Zukunft der Pflege. Auch in NRW wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen immer weiter steigen. Derzeit sind es rund 640.000 Menschen. Was wir neben einer professionellen, hochwertigen und qualitativ guten Pflege brauchen, sind vor allem gut qualifizierte und hoch motivierte Beschäftigte. Zu einer Modernisierung und Aufwertung der Pflege gehört daher auch die Diskussion um die Frage einer Interessensvertretung für Pflegenden in NRW.

Aus zahlreichen Fachveranstaltungen und Gesprächen mit Beschäftigten in der Pflege wissen wir, dass es dazu einen großen und breiten Informationsbedarf gibt. Die Landesregierung lässt allerdings nur rund 1.500 von fast 200.000 Pflegefachkräften in einer Stichprobe befragen, ob sie eine Pflegekammer in NRW wünschen. Dies ist das Gegenteil von Wertschätzung. Deshalb ist aus unserer Sicht eine umfassende Beteiligung aller Beschäftigten dringend notwendig. Mit unserem Antrag haben wir daher eine Urabstimmung für alle Pflegekräfte in NRW gefordert, mit der sie über die Ausgestaltung ihrer Interessenvertretung entscheiden können.

Dazu Heike Gebhard, Vorsitzende im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

„Es geht um die Interessen aller Pflegenden in NRW. Daher darf die Einführung einer Pflegekammer per Gesetz nicht über die Köpfe der Mehrzahl der Betroffenen hinweg entschieden werden. Vor allem dann nicht, wenn beispielsweise eine Pflegekammer zu einer verpflichtenden Mitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen führt und den Betroffenen nicht klar ist, dass all die Dinge, die in Tarifverträgen geregelt werden müssen, nicht von der Pflegekammer geregelt werden können. Für eine so grundsätzlich Entscheidung, die auch anschließend nicht mehr korrigierbar ist, fordern wir eine Abstimmung aller Beteiligten.“

[Drucksache 17/4121](#)

Partnerschaft mit Freien Wohlfahrtsverbänden stärken

Die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen ist eine tragende Säule unseres Sozialstaates. Sie ist im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Kinder- und Jugendhilfe, der Bekämpfung von Armut, der Altenhilfe, der gesundheitlichen Versorgung, der Inklusion von Menschen mit Handikaps und vielen weiteren Bereichen unverzichtbar. Die Partnerschaft zwischen Landesregierung und Freier Wohlfahrtspflege muss daher weiter gestärkt werden. Die Landesregierung macht jedoch das genaue Gegenteil. Sie plant in ihrem Haushalt 2019 eine Kürzung der Mittel für die Freie Wohlfahrtspflege in Höhe von 2 Millionen Euro. Daher haben wir beantragt, dass die Landesregierung diese Kürzung nicht nur zurücknimmt sondern sie um weitere 2 Millionen auf dann 8,1 Millionen Euro erhöht. CDU, FDP und AfD haben dies jedoch abgelehnt.

Drucksache 17/4123

Radio-Vielfalt in NRW erhalten

Medienvielfalt bedeutet freie Meinungsbildung. Die 44 Lokalradios leisten einen zentralen Beitrag zur Medienvielfalt in Nordrhein-Westfalen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Hörfunk und dessen regionale und lokale Lokalberichterstattung ist ungebrochen groß. CDU und FDP bekennen sich zwar in ihrem Koalitionsvertrag zum dualen Rundfunksystem, haben aber seit Regierungsantritt keine konkreten Vorschläge dafür vorgelegt, wie dessen Rahmenbedingungen an das digitale Zeitalter angepasst werden sollen. Um die Radio-Vielfalt in NRW zu erhalten, haben wir die Landesregierung u. a. dazu aufgefordert, die privaten Lokalfunkanbieter beim technischen Einstieg von UKW in DAB+ finanziell zu unterstützen.

Drucksache 17/4119



Foto: pixabay.com / niekverlaan

Kulturelle Zusammenarbeit in Europa fördern

Kultur spielt europaweit eine einzigartige Rolle bei der Stärkung des Bewusstseins für gemeinsame Werte, Erfahrungen und Identität. Sie spielt aber auch eine Rolle bei der Bewältigung sozialer Herausforderungen und trägt dazu bei, Menschen aus ganz Europa zusammenzubringen. Die Europäische Kommission hat jüngst ihre Vorstellungen für eine Neuausrichtung der europäischen Kulturagenda skizziert.

Ziel der neuen Agenda soll es sein, den Kulturbereich angesichts alter und neuer Herausforderungen, wie etwa steigender sozialer Ungerechtigkeit, dem Erstarken des Rechtspopulismus oder terroristischer Bedrohungen, proaktiv zu begleiten und finanziell zu unterstützen. In unserem dritten europapolitischen Antrag für dieses Plenum haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, sich auf allen Ebenen aktiv dafür einzusetzen, dass die neue europäische Kulturagenda Interessen und Bedürfnisse Nordrhein-Westfalens angemessen berücksichtigt und neben der ökonomischen auch die soziale Dimension von Kulturarbeit zu einem Schwerpunktthema macht.

Drucksache 17/4116

Festakt zu 100 Jahren Tarifautonomie

100 Jahre Tarifautonomie, das bedeutet 100 Jahre Schutz der Gewerkschaften, und ebenso der Arbeitgeberverbände, Löhne, Gehälter sowie andere Arbeitsbedingungen unabhängig zu regeln - frei von staatlicher Einflussnahme. Auf dem Bild zu sehen sind die DGB-Landesvorsitzende Anja Weber, Heike Gebhard und Sebastian Watermeier nach dem Festakt zu 100 Jahren Tarifautonomie im Landtag. Große Wertschätzung im Plenum für den andauernden Beitrag der Gewerkschaften zum Bestand unserer demokratischen Gesellschaft und den Einsatz für die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!



Foto: Sebastian Watermeier

Wahlkreisarbeit

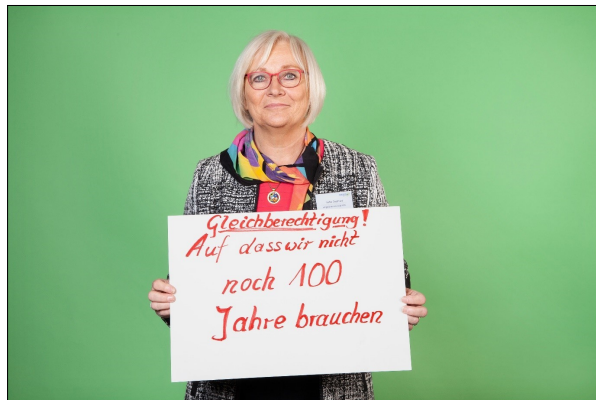
Sebastian Watermeier besucht Tafel Gelsenkirchen e.V.



Auf dem Foto zu sehen sind von links:
Christine Bartsch, 1. Vorsitzende; Sebastian Watermeier, MdL; Hartwig Szymiczek, Geschäftsführer; Anne Bremer, 2. Vorsitzende

Ehrenamtliches Engagement ist ein wesentlicher Bestandteil unseres sozialen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Auch die Besichtigung der Gelsenkirchener Tafel e.V. hat auf beeindruckende Art und Weise gezeigt, welchen Aufwand, aber auch welche enormen Fortschritte das Ehrenamt für unsere Gemeinschaft mit sich bringt. Mit viel Herzblut und Spaß bei der Arbeit setzen sie sich für die bedürftigen Menschen in Gelsenkirchen ein. Das neue Begegnungsprojekt Kaffeepott in der Altstadt bietet einen Ort des Austauschs an. Mit selbstgebackenem Kuchen und frischem Kaffee wird das gemütliche Zusammensein abgerundet. Dies ist ein wertvoller Beitrag für die Gelsenkirchener Gesellschaft, von dem ich mich gerne bei nächster Gelegenheit überzeugen lassen werde.

100 Jahre Frauenwahlrecht



An der <<Fotoaktion Zeitzeug_innen 2018>> zum Thema 100 Jahre Gegenwart bei der Jahrestagung des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW beteiligte sich Heike Gebhard. Dort wurde das Vorankommen bei der Gleichberechtigung in den letzten 100 Jahren beleuchtet. Mit dem allgemeinen Wahlrecht für Frauen in Deutschland (1918), der Reform des Ehe- und Familienrechts, dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen bei der Berufstätigkeit bis zur Ehe für alle (2017) wurde schon einiges erreicht. Aber es darf nicht noch einmal 100 Jahre dauern, bis Frauen z. B. gleich bezahlt werden und genauso gut wie Männer in Führungspositionen vertreten sind!

Tag der Medienkompetenz - Besuch am 19. Oktober 2018



v.l. Sebastian Watermeier, MdL; Frau Rominski, Medienzentrum; Herr Gruner, stellv. Direktor der VHS
Urheber des Fotos: VHS Gelsenkirchen

Beim „Tag der Medienkompetenz“ habe ich viele spannende und interessante Aktionen entdecken können. Herr Gruner, stellvertretender Direktor der VHS, Frau Rominski sowie Herr Mismahl vom Medienzentrum der Stadtbibliothek, gaben mir eine Einführung in die verschiedensten bestehenden Veranstaltungsformate des Bildungszentrums in Gelsenkirchen. „Quartiersentdecker“ heißt beispielsweise das Projekt, das von der Koordinierungsstelle kommunale Prävention, dem Referat Umwelt und dem Medienzentrum entwickelt wurde. Ziel ist es die Erfahrungswelten Bewegung, Umwelt und Medien auf kreative Art und Weise miteinander zu verbinden. Die Kinder der OGS Wiehagen und der Malteserschule waren gemeinsam in ihren Quartieren mit der Kamera unterwegs und konnten dadurch viele interessante Eindrücke festhalten.

Danke für die zahlreichen und zugleich ereignisreichen Aktionen und dem damit verbundenen schönen Tag in der VHS!

Vorlesetag 2018 - Heike Gebhard besucht Astrid-Lindgren-Schule und AWO-Seniorenzentrum Uhlenbrock

Anlässlich des bundesweiten Vorlesetags am 16.11. besuchte ich wie im Vorjahr zwei Einrichtungen in Gelsenkirchen. Dieses Jahr steht er insbesondere unter dem Thema „Natur und Umwelt“.

In der Astrid-Lindgren-Grundschule Erle lauschten die Schülerinnen und Schüler der Klassen 4a und 4b anderthalb Stunden lang gespannt den Geschichten aus dem Buch „Bis bald im Wald“. Aus den zahlreichen Kurzgeschichten wählte ich eine spannende Geschichte zum Leben von Waldameisen aus und eine Geschichte in der 2 Kinder auf Wildschweinsuche gehen und stattdessen einen gefangenen Luchs finden.



Am Nachmittag desselben Tages besuchte Heike Gebhard das AWO Seniorenzentrum Uhlenbrock. Mit großer Freude lauschten die Bewohnerinnen und Bewohner den unterhaltsamen Kurzgeschichten von Utta Danella über Heinrich Böll bis Erich Kästner.

„Es hat Spaß gemacht zu sehen wie sowohl die Kinder wie die Senioren die Abwechslung in ihrem Alltag genommen haben. Ich freue mich schon jetzt auf die Termine im nächsten Jahr“, so Heikes abschließendes Fazit.



Terminankündigungen

LANDTAGSTALK

NRW
DIE FRAKTION
SPD

180 TAGE EU-DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG
UMSETZUNG UND UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS EHRENAMT

DIENSTAG · 20. NOVEMBER 2018 · 17.00 UHR
LANDTAG NRW · PLENARSAAL
PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

Anmeldung und weitere Informationen finden Sie [hier](#)

LANDTAGSTALK

NRW
DIE FRAKTION
SPD

NEUE HERAUSFORDERUNGEN AN DIE DEMOKRATIE
POPULISMUS, GLOBALISIERUNG UND DIGITALE MEDIEN

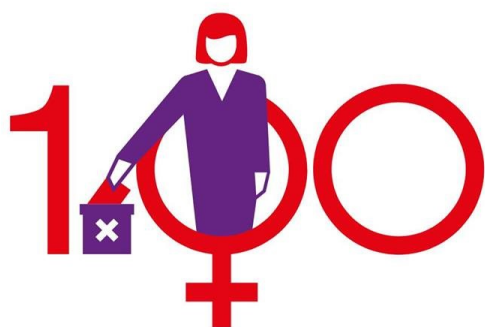
DONNERSTAG · 22. NOVEMBER 2018 · 14.00 UHR
LANDTAG NRW · PLENARSAAL
PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

Anmeldung und weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Einladung zum Festakt

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Meilenstein und Selbstverpflichtung zugleich!



Anmeldung und weitere
Informationen finden Sie [hier](#)

Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier